



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

19 Zentrale Steuerung

Beteiligt:

Betreff:

Neueinstellung von Auszubildenden im Jahr 2008

Beratungsfolge:

20.11.2007 Personalausschuss

Beschlussfassung:

Personalausschuss

Beschlussvorschlag:

Die in der Vorlage dargestellten Ausbildungsberufe werden mit entsprechenden Ausbildungskräften besetzt.

Auf dem Sachkonto 541200, Produkt „Ausbildung“, werden für Lehrgangsgebühren und Ausbildungsmittel der Einstellungsjahrgänge 2005 bis 2008 82.000 Euro bereit gestellt.

Die Vorlage wird zum 21.11.2007 realisiert.



Kurzfassung

Die Verwaltung wird im Ausbildungsjahr 2008 die in der Vorlage dargestellten Ausbildungsplätze anbieten und mit entsprechenden Ausbildungskräften besetzen. Mit diesem Angebot soll der im Verwaltungsbereich voraussichtlich zukünftige Personalbedarf gedeckt werden. Im gewerblich-technischen Bereich soll einer sozial- und gesellschaftspolitischen Verpflichtung zur Ausbildung nachgekommen werden. Diese Ausbildungsplätze werden weitestgehend „über Bedarf“ angeboten.

Auf dem Sachkonto 541200, Produkt „Ausbildung“, werden für Lehrgangsgebühren und Ausbildungsmittel der Einstellungsjahrgänge 2005 bis 2008 82.000 Euro bereitgestellt.

Auf die Beratung der Verwaltungsvorlage 0419/2007 (versandt bereits zur Sitzung des Personalausschusses am 31.05.2007) in der Sitzung des Personalausschusses am 11.09.2007 wird an dieser Stelle Bezug genommen.



Begründung

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die Beratung der Verwaltungsvorlage 0419/2007 (versandt bereits zur Sitzung des Personalausschusses am 31.05.2007) in der Sitzung des Personalausschusses am 11.09.2007.

Dort ist insbesondere die Anzahl der Ausbildungsplätze für das Ausbildungsverhältnis Stadtinspektor-Anwärter/in kritisch hinterfragt worden - hier sollten 13 Auszubildende eingestellt werden.

Die Bedarfe für 2008 sind, wie bereits ausführlich in der Sitzung des Personalausschusses am 11.09.2007 von der Verwaltung erläutert wurde, auf Basis belastbarer Fluktuationsprognosen durch die Vorstandsbereiche ermittelt worden. Aufgabenkritische Prognosen („Kann die Stelle perspektivisch wegfallen?“) gingen damit einher. Die Zentrale Steuerung hat darüber hinausgehend gesamtstädtische Konsolidierungsnotwendigkeiten „heruntergerechnet“ und Potential ihres Zentralen Personalpools bei 19/11-IMA berücksichtigt. Von daher waren Art und Umfang der Ausbildungsverhältnisse sachgerecht ermittelt.

Die Verwaltung ist aufgrund der Diskussionen in der Sitzung vom 11.09.2007 jedoch bereit, die **Zahl der Stadtinspektor-Anwärter/innen von 13 auf 8 zu reduzieren** und insofern den Konsolidierungsdruck auf die Vorstandsbereiche für die Zeit nach dem Ausbildungsende dieser Kräfte ab Ende 2010 weiter zu erhöhen. Gleichzeitig wird verstärkt versucht werden, über den Zentralen Personalpool die dann vorhandenen Bedarfe aufzufangen.

Alle übrigen Ausbildungsverhältnisse werden daneben in Art und Umfang so begründet, wie sie in der Verwaltungsvorlage 0419/2007 bereits enthalten waren.

Die Verwaltung wird damit im Ausbildungsjahr 2008 die in der Anlage 1 dargestellten 43 Ausbildungsplätze anbieten.

Für das geplante Ausbildungsplatzangebot 2008 entstehen unter Berücksichtigung der o.a. Reduzierung Personalkosten in Höhe von rd. 451 T Euro jährlich (ohne Aufstiegsbeamter/-in, HABIT und GWH).

Auf dem Sachkonto 541200, Produkt „Ausbildung“, werden im Haushaltsjahr 2008 für Lehrgangsgebühren und Ausbildungsmittel der Einstellungsjahrgänge 2005 bis 2008, Eigenbetriebe HABIT und GWH ausschließlich, 82.000 Euro bereit gestellt. Veränderungen ergeben sich hier nicht, da für die Stadtinspektor-Anwärter/innen keine Lehrgangsgebühren bzw. Ausbildungsmittel gezahlt werden müssen.

Anlage 1:**Verwaltungsberufe und gewerblich-technische Berufe in der allgemeinen
Verwaltung****Neueinstellung von Auszubildenden in den Jahren 2003 – 2008**
(Ist-Daten bis 2007, Plandaten 2008)

Ausbildungsberuf	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Stadtinspektor-Anwärter/in	3	1+1 ¹	0	5	3	8
Stadtinspektor-Anwärter/in BWL	0	4	5	4	3	4
Aufstiegsbeamte/-in gD	2	0	1	1	0	1 ²
Aufstiegsbeamte/-in (verkürzter Aufstieg)	0	0	1	-	1	1 ²
Aufstiegsbeamte/-in mD	0	0	0	1	0	0
Verwaltungsfachangestellte/r	5	2	3	6	9	7
Fachangestellte/r für Bürokommunikation	0	0	0	4	4	4
Brandmeister-Anwärter/in	9	0	11	0	12	0
Vermessungsinspektor-Anwärter/in	0	0	0	0	1	0
Bauinspektor-Anwärter/in	0	0	0	0	2	2
Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste (Bücherei)	1	1	3	1	0	1
Chemielaborant/in	2	0	2	0	2	0
Vermessungstechniker/in	1+1 ¹	2	2	2	2	2
Bauzeichner/in (Hochbau)	0	1	1	0	0	1
Bauzeichner/in (Tiefbau)	0	0	0	0	1	0
Fachkraft für Veranstaltungstechnik	1	2	2	2	2	2
Tischler/in	2	0	0	1	1	0
Landschaftsgärtner/in	4	6+1 ¹	3	5	4	5
Forstwirt/in	1	1 ¹	1+1 ¹	1	1	1
Tierpfleger/in	0	0	1	0	0	0
Gesundheitsaufseher/in	0	1	0	0	0	0
Fachinformatiker/in Systemintegration (HABIT)	1	1	0	2	2	2
Fachinformatiker/in Software-Entwicklung (HABIT)	1	1	0	2	2	2
Anlagenmechaniker/in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (GWH)	1	0	0	0	1	0
Elektroniker/in Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik (GWH)	1	0	0	0	1	0
Bürokauffrau/-mann (GWH)	0	0	2	0	0	0
KFZ-Mechatroniker/in	0	0	2	1	1	1
Gesamt	35	22	40	38	55	43

¹ Ausbildung abgebrochen² Bei den Aufstiegsbeamten/-beamtinnen ist z. Z. nicht erkennbar, ob Interesse am regulären oder verkürzten Aufstieg besteht. Aus diesem Grund werden alternativ diese beiden Möglichkeiten angeboten.



Finanzielle Auswirkungen

1. Rechtscharakter

- ☐ Auftragsangelegenheit
- ☐ Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
- ☐ Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
- ☒ Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
- ☐ Vertragliche Bindung
- ☐ Fiskalische Bindung
- ☐ Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstige
- ☐ Dienstvereinbarung mit dem GPR
- ☐ Ohne Bindung

Erläuterungen:

2. Allgemeine Angaben

- ☐ Bereits laufende Maßnahme
 - ☐ des Verwaltungshaushaltes
 - ☐ des Vermögenshaushaltes
 - ☐ eines Wirtschaftsplanes
- ☐ Neue Maßnahme
 - ☐ des Verwaltungshaushaltes
 - ☐ des Vermögenshaushaltes
 - ☐ eines Wirtschaftsplanes
- ☐ Ausgaben
 - ☐ Es entstehen weder einmalige Ausgaben noch Ausgaben in den Folgejahren
 - ☐ Es entstehen Ausgaben
 - ☐ einmalige Ausgabe(n) im Haushaltsjahr _____
 - ☐ jährlich wiederkehrende Ausgaben
 - ☐ periodisch wiederkehrende Ausgaben in den Jahren _____



3. Mittelbedarf

<input type="checkbox"/>	Einnahmen		EUR
<input checked="" type="checkbox"/>	Sachkosten	82.000	EUR
<input checked="" type="checkbox"/>	Personalkosten	451.000	EUR

Die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben verteilen sich auf folgende Haushaltsstellen:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
541200	59.000	82.000			
Eigenanteil:	59.000	82.000			



4. Finanzierung

☐ Verwaltungshaushalt

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kein konkreter Finanzierungsvorschlag

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den im Haushaltssicherungskonzept festgesetzten

☐ Haushaltsausgleich langfristig nicht gefährden

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt in den nächsten Jahren um folgende Beträge erhöhen und damit das Zieljahr für den Haushaltsausgleich gefährden:

Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4



☐ **Vermögenshaushalt**

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kreditaufnahme

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Maßnahme kann im Rahmen der mit der Bezirksregierung abgestimmten Kreditlinie zusätzlich finanziert werden

☐ Die Maßnahme kann nur finanziert werden, wenn andere im Haushaltsplan/Investitionsprogramm vorgesehene und vom Rat beschlossene Maßnahmen verschoben bzw. gestrichen werden.



☐ **Folgekosten bei Durchführung der Maßnahme im Vermögenshaushalt**

☐ Es entstehen keine Folgekosten

☐ Es entstehen Folgekosten ab dem Jahre _____

☐ Sachkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Personalkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Erwartete Zuschüsse bzw. Einnahmen zu den Folgekosten EUR _____

☐ Folgekosten sind nicht eingeplant

☐ Folgekosten sind bei der/den Haushaltsstelle(n) wie folgt eingeplant:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
Eigenanteil:					

**5. Personelle Auswirkungen**☐

Es sind folgende personalkostensteigernde Maßnahmen erforderlich:

5.1 Zusätzliche Planstellen

Anzahl		unbefristet/befristet ab/bis	Besetzung intern/extern	Kosten EUR *

5.2 Stellenausweitungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.3 Hebungen

Stellenplan-Nr.		BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.4 Aufhebung kw-Vermerke

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.5 Stundenausweitung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.6 Überstunden bei Ausgleich durch Freizeit mit entsprechendem Zeitzuschlag

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.7 Überstunden bei Ausgleich durch vollständige Vergütung

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.8 Überplanmäßige Einsätze

BVL-Gruppe	Zeitdauer	Umfang in Wochenstunden	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.1 bis 5.8	
---------------------------------	--

☐

Es sind folgende personalkostensenkende Maßnahmen möglich:

5.9 Stellenfortfälle

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.10 Abwertungen

Stellenplan-Nr.		BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.11 kw-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.12 ku-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.13 Stundenkürzung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.9 bis 5.13	
---------------------------	--

* = Kostenermittlung auf der Basis der Durchschnitts-Personalkosten des jeweiligen Jahres (von 18/02) bzw. bei Überstunden auf der Grundlage der jeweiligen Überstundenvergütungen.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

19 Zentrale Steuerung

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
